IMT Nuremberg Archives

H – 3910

International Court of Justice

H3910 – 0002

Certificate No. M.172 (Place) Nürnberg

(Date) 28th June, 1946

CERTIFICATE.

I, Kenneth H.M. Duke, Major, British Army, of the British War Crimes Executive (European Section), hereby certify that the attached document, consisting of four { ~~typewritten*~~ / photostated / ~~mimeographed~~ / ~~handwritten~~ } typed pages and entitled Extract from the Israelitisches Wochenblatt - Pages 3 to 6

dated 8th May 1942, † is { ~~the original*~~ / a true copy } of a document which the Wiener Library, London ‡ delivered to me in my above capacity, in the usual course of official business, as { ~~the original*~~ / a true copy. }

~~of a document found in German archives, records and files captured by military forces under the command of the Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces.~~

To the best of my knowledge and belief, the original document is held at:- The Wiener Library, London.

B:040543

Kenneth H.M. Duke
Major

Israelitisches Wochenblatt

für die Schweiz

JOURNAL ISRAELITE SUISSE

Gegründet 1901 von Rabbiner Dr. Littmann und Dr. phil. David Strauss

ABONNEMENTS
Das Abonnement kostet für die Schweiz Fr. 4.50 pro Quart., Fr. 8.25 pro Halbjahr, Fr. 15.00 pro Jahr (einschließl. Einzugsspesen). Ausland pro Quart. inkl. Porto Fr. 6.00, Frankreich Fr. 5.00. — Einzelexemplare 40 Cts.
Postcheck VIII 6451 Tel. 3 29 40
Erscheint jeden Freitag

ANNONCEN
Pro Seite 4 Spalten à 125 Nonpareillezeilen. Preis der 1spaltigen Nonpareillezeile oder deren Raum 47 Cts., bei Platzvorschrift 58 Cts., Reklamen, erste Umschlagseite u. Seiten d. Familienanzeigen 90 Cts., Rabatt ab 500 Zeilen
4 Spalten à 5 cm Breite, Spaltenhöhe 28,2 cm

Nummer 19 | Zürich, Uraniastr. 9 — Freitag, 8. Mai 1942 (21. Ijar 5702) | 42. Jahrgang

Auf ans Werk!

Anläßlich des Delegiertentages des Schweiz. Israel. Gemeindebundes wurde vom Präsidenten des Verbandes Schweiz. Israel. Armenpflegen, der mit der Durchführung des jüdischen Flüchtlingshilfswerk betraut ist, Bericht erstattet über die Tätigkeit im Jahre 1941. Im Anschluß an diesen Bericht beschloß die Delegiertenversammlung einstimmig, auch für das Jahr 1942 eine Sammelaktion durchzuführen, sie mit aller Kraft zu fördern, um den inzwischen leer gewordenen Kassen die notwendigen Mittel wieder zu verschaffen.

Die Notwendigkeit der Aktion wird von niemandem bezweifelt. Jedermann weiß, daß das, was die Juden in der Schweiz, wenn auch nicht ganz allein, seit dem Jahre 1933 Jahr um Jahr geleistet haben, eine freiwillige Tat ist, die nicht nur von dem guten Willen zeugt, sondern auch die Bereitschaft beweist.

Wenn wir über die Grenzen unseres lieben Schweizerlandes blicken, welches eine gütige Vorsehung vor den schwersten Kriegsfolgen bewahrt hat, und wenn wir unser Leben vergleichen mit dem Leben der Völker, die direkt unter den Kriegsfolgen zu leiden haben, so werden wir alles das, was wir zufolge des Kriegsgeschehens an alten, lieben Gewohnheiten vermissen, alle Einschränkungen an diesem und jenem, nicht als ein Opfer empfinden. Umsomehr fühlen wir uns alle verpflichtet, den Menschen zu helfen, welchen das Schicksal nicht so gut wollte wie uns.

Schweizerische Hilfsaktionen riefen zur Mithilfe auf: die Winterhilfe, Soldatenfürsorge, das Rote Kreuz für kriegsgeschädigte Kinder, freiwillige Leistungen, die der humanitären Gesinnung des Schweizervolkes entsprechen und für seine Gesinnung zeugen. Wir Juden in der Schweiz haben uns diesen Aufgaben, die im Sinne der menschlichen Gleichberechtigung durchgeführt werden, immer zur Verfügung gestellt. Wir werden das auch weiterhin tun. Daneben haben wir seit Jahren unsere Gebefreudigkeit für das jüdische Flüchtlingswerk unter Beweis gestellt.

So wollen wir auch weiterhin trotz allen Sorgen unserer Zeit mit aufrechtem Mut denjenigen Hilfe bringen, die auf unsere Hilfe rechnen müssen. Geben können ist besser, als nehmen müssen. Aus der erfüllten Pflicht des Gebens wird in uns ein Gefühl der Freude entstehen, daß wir helfen können.

Noch gibt es auch solche unter uns, die die Forderung der Zeit nicht verstanden haben, die den Ruf der solidarischen Pflichterfüllung nicht vernehmen wollten. Kleinmut, Engherzigkeit rächen sich an dem selbst, der sich gestehen muß, seine Pflicht nicht erfüllt zu haben. Dieses Mal wird sicher jeder nach Maßgabe seiner finanziellen Kraft seinen Anteil geben. Die uralte heilige Forderung unserer Bibel:

Liebe deinen Nächsten wie dich selbst

weist uns den Weg, den wir zu gehen haben. Auf ans Werk! Wir wollen und werden nicht erlahmen zu helfen, solange Not und Elend um uns sind.

Saly Braunschweig.

Konrad Falke gestorben

In Florida, wo er sich zu Studienzwecken aufhielt — nachdem er aus den gleichen Gründen kurz zuvor Palästina bereist hatte — ist, 63 Jahre alt, Konrad Falke (mit dem bürgerlichen Namen Dr. Frey) gestorben. Wer Konrad Falke war, welche Bedeutung er als Dozent, Schriftsteller und Politiker im schweizerischen Kulturleben hatte, das weiß jeder, der sich mit seinen zahlreichen Publikationen vertraut gemacht hat. Die Presse aller Richtungen widmete diesem durch Wissen und Können ausgezeichneten Manne als in Haltung, Wahrheitsliebe und Bekenntnisfreude vorbildlichen Schweizer lange, ehrende Nachrufe.

Ueber seine Stellung zur Judenfrage orientiert am besten ein allerdings schon vor Jahren in der «Neuen Zürcher Zeitung» erschienener, spaltenlanger Artikel. Dort heißt es (im Zusammenhang mit einer Polemik gegen die Judenverfolgungen in Deutschland), wer sich schon einmal die Mühe genommen habe, in ein jüdisches Blatt hineinzuschauen, «der war wohl nicht wenig erstaunt, zu sehen, mit welch unerschütterlicher Vornehmheit darin über erlittene Unbill berichtet wird; nur ein im Leiden wohlgeübtes Volk ist einer solchen seelischen Disziplin fähig, während auf der Gegenseite hemmungslos der Haß aufkreischt!»

Es heißt dann weiter: «Wenn Menschenfreunde diejenigen sind, die ihren Reichtum selbstlos in den Dienst der leidenden Nächsten stellen, so stehen mit an erster Stelle jüdische Namen.»

Die Judenverfolgungen nannte Konrad Falke eine Entfesselung von Instinkten, die weder arisch noch nichtarisch seien, sondern ganz einfach barb-arisch, und schrieb am Schlusse seiner temperamentvollen Polemik: «Ein Volk, das gegen ein Verbrechen an der Menschenwürde nicht mehr seine Stimme erhebt, macht sich durch Schweigen zum moralisch Mitschuldigen.»

Dieser Ueberzeugung hat Konrad Falke noch bei vielen Anlässen, in Reden, Zeitungen und Zeitschriften Ausdruck verliehen. Das Andenken dieses tapferen Kämpfers für Freiheit und Menschlichkeit wird, wie in der gesamten Schweiz, so auch in der Judenheit in Ehren gehalten werden.

H3910 – 0003

040544

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUERNBERG, GERMANY
Exhibit 392
Filed April 29th 1946
3040545

H3910 – 0004

Der jüdische Weg

Man ist fast versucht zu sagen: So viele Länder, so viele «Lösungen» der Judenfrage. Gibt es einen einheitlichen j ü d i s c h e n Weg und ist es möglich, a l l e Juden auf ihn zu drängen? Nur in einem diktatorisch regierten einheitlichen Weltstaat käme eine Einheitslösung — so oder so — in Frage. An solch ein «1000jähriges Reich» vermögen wir nicht zu glauben und deshalb ist es notwendig, sich mit der Lösung der Judenfrage in einer f r e i e n W e l t zu befassen. Die Geschichte der letzten hundert Jahre hat viele Theorien gebracht und manche von ihnen durch die Erfahrungen bestätigen lassen. In zunehmendem Maße beschäftigen sich weitblickende jüdische Politiker und Institute mit der jüdischen Frage nach dem Kriege und es ist angesichts der verschiedenartigen Verhältnisse und Anschauungen über das Judentum nicht verwunderlich, daß die Lehrmeinungen von einander abweichen. So sehr die Doktrinen verschieden sind, in der P r a x i s kommen sie sich sehr nahe, sobald nicht das Trennende, sondern das Einheitliche betont wird. So war es zum Beispiel niemals die zionistische Absicht, alle 10 Millionen Juden nach Palästina zu bringen; das von Herzl interpretierte «Basler Programm» lautet ja auch nur dahin, daß diese Absicht nur für diejenigen Juden gelte, die in «ihren Wohnländern nicht bleiben können oder wollen». Niemandem wird es einfallen, etwa alle vier Millionen Juden der Vereinigten Staaten in den Orient bringen zu wollen. Aehnlich verhält es sich mit dem M i n o r i t ä t e n p r o b l e m. Minderheitsrechte sind doch nur dort notwendig, wo die Nationalstaaten anderen Bewohnern ihres Gebietes die Gleichberechtigung verweigern und der kulturellen Betätigung Schranken in den Weg legen. Nie wird es in einer freien Welt möglich sein, die Juden, die sich selbst nicht zum jüdischen Volke zählen oder sogar die jüdische Kultur- oder Religionsgemeinschaft dadurch ablehnen, daß sie in andere übertreten, von jüdischer Seite aus zu zwingen, die von den Juden verlangten Rechte in kultureller oder nationaler Hinsicht auszuüben. Eine andere Frage ist es allerdings, ob die andere Welt solche Uebertritte zulassen wird.

Die Erfahrung in Europa

hat gezeigt, daß es Völker gibt, die auf diese Weise keinen Zuwachs wünschen und daß selbst nach vielen Jahren der «Assimilation» die tatsächliche Gleichberechtigung nicht restlos bewilligt wird. Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn man feststellt, daß auch in den Ländern mit fortschrittlichsten Meinungen zwar die T o l e r a n z einen sehr hohen Grad erreicht hat, die g a n z e A n e r k e n n u n g, als voller Staatsbürger, aber Wandlungen unterzogen ist. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß es Juden gibt, welche die Gleichberechtigung in einer jüdischen Gemeinschaft einer noch so großen Toleranz wo anders vorziehen. Der Satz, «daß jedes Land die Juden hat, die es verdient», erhält dadurch die richtige Beleuchtung.

Wer an die W e r t e d e s J u d e n t u m s glaubt, sei es im eigenen Staate oder in der Diaspora, wird sich dafür einsetzen, daß das Judentum erhalten bleibt. Durch die beiden großen **Weltkriege** ist ohnehin ein großer Substanzverlust eingetreten. Ein organisierter Zusammenhang unter allen **Juden** besteht nicht, nicht einmal eine höchste religiöse Instanz. Vielleicht werden bei der Schaffung eines jüdischen Staates nach dem Kriege Behörden dafür geschaffen werden und dann wird es leichter sein, gemeinsame Maßnahmen zur Erhaltung des Judentums zu treffen. Bis dahin besteht der j ü d i s c h e W e g darin, sich und den Kindern jüdisches Wissen anzueignen, die hebräische Sprache zu lernen, die in der Bibel enthaltenen hohen Prinzipien der Ethik, Humanität und Solidarität im täglichen Leben anzuwenden. Ein vereinzeltes und i n d i v i d u e l l e s J u d e n t u m gibt es nicht; das wäre Tod und Untergang. Jüdisches Leben kann nur in der Gemeinschaft existieren; der erste Schritt auf dem Wege zum Judentum ist daher der A n s c h l u ß a n d i e j ü d i s c h e G e m e i n d e und darüber hinaus je nach der weltanschaulichen Stellung an eine der großen Organisationen, die für die Zukunft des Judentums kämpfen.

In England

wird versucht, zwischen den verschiedenen Richtungen des Judentums Einigkeit zu schaffen. Im «Board of Deputies» mit Prof. S. Brodetsky an der Spitze besteht zwar eine Organisation der Gemeinden; auf vielen Gebieten haben aber die Sonderverbände ihre Tätigkeit beibehalten, so z. B. in der Erziehung. «Zurück zum Judentum» ist der Ruf von Dr. Roth, der von Rabbi Dr. J. Mattuck von der liberalen Synagoge dahin beantwortet wurde, daß man sich nicht gegenseitig das Judentum absprechen, sondern miteinander versuchen soll, die gemeinsamen geistigen und ethischen Prinzipien der Jugend zu überliefern. Bei der Einrichtung der W a n d e r l e h r e r, die nur alle paar Wochen an den vielen und auseinanderliegenden Evakuationsstellen einige jüdische Unterrichtsstunden erteilen können, ergibt es sich zwangsmäßig, daß nur noch die Grundzüge des Judentums vermittelt werden können.

In Frankreich

liegen die neuen Instruktionen der Laval-Regierung zur Judenfrage noch nicht vor. Wie verlautet, erhält der bisherige Kommissar für die Judenfrage, Xavier Vallat, den Abschied. An seine Stelle soll der jetzige Stadtrat von Paris, Darquier Pellepoix, ein bekannter Antisemit und Mitarbeiter des «Gringoire», treten. Viele Juden in Paris treten zum Katholizismus über, damit sie nicht bei der Festnahme von Geiseln unter die Formel «Juden und Kommunisten» geraten. Die Regierung von Vichy hat 55 jüdischen Aerzten, deren Familie nicht seit mehreren Generationen in Frankreich ansäßig waren, die weitere Ausübung ihrer Praxis verboten. Trotz der schärfer einsetzenden Propaganda gegen die Juden bleiben die Maßnahmen der Regierung unpopulär. Reisende berichten über die Erfolglosigkeit dieser Bestrebungen. Das große Problem bleiben weiterhin die In-

Nächste Woche Redaktionsschluß einen Tag früher!

Steter Eingang der neuesten Frühjahrs-Modelle

Lucie modiste

BÄRENGASSE 13 beim Paradeplatz, ZÜRICH 1 Tel. 3 83 46

HERREN-ANZÜGE, DAMEN-TAILLEURS und MÄNTEL NACH MASS, auf

TEILZAHLUNG

Bedienung in der ganzen Schweiz.
Postfach 2262, Hauptbahnhof, Zürich

H3910 – 0005

D-10546

H3910 – 0006

sassen in den Lagern, denen man jede Hilfe gewähren muß.

In Ungarn

ist seit dem Regierungsantritte von Kallays eine Verschärfung eingetreten. Bardossy, der seine Ausbildung hauptsächlich in Frankreich und England erhalten hatte und auch dort diplomatisch tätig war, wollte die Prinzipien der Gleichberechtigung und der Humanität nicht ganz über Bord werfen. Er widersetzte sich Reformen, die keine waren und nur deshalb Befürworter fanden, weil sie das eigene Vermögen nicht berührten. Die «Rheinisch-Westfälische Zeitung» in Essen, Organ Görings, schreibt: «Die Notwendigkeit einer gesunden Bodenverteilung in Ungarn bereitet zahlreiche Schwierigkeiten. Die traditionelle Führerschicht und der großgrundbesitzende Adel sträubten sich gegen die Kürzung ihres Besitzstandes. Da bot die Entwicklung der Judenfrage einen Ausweg, um die ganze Frage der Bodenregelung zu bereinigen». Von Kallay, von dem man sagt, daß er persönlich keineswegs antijüdische Neigungen habe, entschloß sich, dem Adel entgegenzukommen und dadurch eine Regierung Imredy zu verhindern, der zwar selbst Urenkel eines Juden ist, aber zu den heftigsten Judenbekämpfern des Landes gehört. Der jüdische Landbesitz unter 500 Joch wird sofort enteignet und «echten» Ungarn übergeben. Größere Gebiete erhalten staatliche Verwalter; ein Verkauf derselben ist nur an den Staat möglich, der kein Bargeld, sondern staatliche Obligationen an Zahlung gibt. Das Abgeordnetenhaus befaßt sich mit einem Vorschlag, den Uebertritt zur jüdischen Konfession zu verbieten; ein rechtsgültiger Beschluß liegt aber noch nicht vor. Am 5. Mai hat die Arisierung der Apotheken, wie eine Zeitung in Budapest schreibt, «zur Freude der christlichen Apotheker» begonnen. Der Entzug der Konzessionen erstreckt sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren. Nach einer neuen Verordnung des Innenministers werden Juden zu einer praktischen und fachärztlichen Ausbildung in staatlichen Spitälern nicht mehr zugelassen. Im Weingroßhandel wurden 700 Juden die Gewerbelizenzen entzogen. 1000 ungarische Bewerber haben sich für die Uebernahme dieser Geschäfte angemeldet. Eine große Anzahl Budapester Kaffeehäuser ging in ungarischen Besitz über. Bei den nichtarisierten Betrieben muß das ganze Bedienungspersonal ungarisch sein, insbesondere aber die Zahlkellner.

In Prag

hat der Reichsminister des Innern eine Verordnung erlassen, wonach der Austritt aus den jüdischen Kultusvereinigungen von ihm oder seinem Stellvertreter zu genehmigen ist. Der Verkauf von Lederwaren aller Art für Taschen, Geldbörsen, Koffer usw. an Juden ist verboten; Reparaturarbeiten für jüdische Kundschaft dürfen nicht mehr angenommen werden. Für die vorübergehende Beherbergung von Juden, die Zutritt zu Groß-Prag haben, steht nur noch das Hotel «Fiser» in Prag II, Petergasse 3, zur Verfügung. Juden ist es ausnahmslos untersagt, irgendwelche Vermögenswerte zu veräußern; auch die unentgeltliche Ueberlassung ist anmeldepflichtig. Alle Deutschen und Staatsangehörigen des Protek-

Wieder in der Armee der USA

Morris Ladner aus Baltimore und Philip Tischler aus New York, zwei Veteranen der amerikanischen Armee, treffen sich wieder, als sie als Freiwillige wieder in die Armee eintreten.

torates müssen bis zum 31. Mai eine Kennkarte beziehen; Juden sind hiervon ausdrücklich ausgeschlossen worden. Ab 13. März ist die Eheschließung zwischen einem Juden und einem Protektoratsangehörigen, der kein Jude oder kein jüdischer Mischling mit zwei jüdischen Großeltern ist, verboten. Eine unter Umgehung dieser Vorschrift im Ausland geschlossene Ehe ist nichtig. Eine Protektoratsangehörige unter 45 Jahren darf in keinem jüdischen Haushalt beschäftigt werden, wo ein jüdischer Mann der Hausgemeinschaft angehört. Diese Bestimmung findet auf den Haushalt von ausländischen Staatsangehörigen, die sich nur vorübergehend im Protektorat aufhalten, keine Anwendung.

Im Lager von Oswiecim

in Polen

sind nach einer schwedischen Meldung 300 Rabbiner und Führer der Orthodoxie gestorben. Da es in Polen meist nicht mehr möglich ist, Einzelbestattungen durchzuführen, werden Massengräber mit einer Aufnahme von 2000 Personen angelegt. In Warschau selbst wurde ein Krematorium eingerichtet. Die Nahrungsmittel für eine jüdische Person sind auf 300 Kalorien täglich festgesetzt, die Polen erhalten etwas mehr. Für beide Kategorien ist dieses Kalorienquantum völlig unzureichend.

Die russische Regierung hat die Bundisten Ehrlich und Alter nicht freigelassen. Der polnische Premier, General Sikorski, teilte mit, er habe die Vermittlung Präsident Roosevelts angerufen, da er der russischen Behauptung, daß beide russische Bürger seien, weil sie im später von Rußland besetzten Gebiet Polens geboren seien, nicht zustimmen könne.

Die Schiffbrüchigen von Rhodos in Italien

Aus Farramonti (Italien) erfahren wir noch: «Vor drei Tagen ist auch der Rest der bei Rhodos Schiffbrüchigen hier eingetroffen. Außer drei Gerber-

Bräute . . . Hausfrauen
empfehle mich Ihnen zum **Besticken**
mit Masch. (auch Nähen) von Bett-, Tisch- und Küchenwäsche, einfache und ganz moderne Vorlagen, wirklich schöne Ausführung. Rasche Bedienung. — **Hörler-Wattinger,** Tel. 4 65 77, Seefeldstr. 51, II.

Jean Fust
BERATENDER INNENARCHITEKT
Vornehme Wohnungs-Einrichtungen
Möbel - Vorhänge - Stoffe Kreuzplatz 2, Zürich Telephon 4 42 33

Spezialarbeitern, die mit guter Belohnung in einer Fabrik von Rhodos weiterblieben, und zwei bei einem Fluchtversuch mit Boot bei Rhodos Ertrunkenen und sieben dort Gestorbenen, die die Disintherie wegen Unterernährung nicht überlebten, sind alle glücklich angekommen. Leider konnten sie vom hiesigen Hilfskomitee nicht mehr als 15 Lire pro Kopf Unterstützung bekommen wegen Mangel an Mitteln und nur nach Verpflichtung zur ratenweisen Rückzahlung von jeder Dekade. So ist unser gegenseitiges Hilfskomitee mit ca. 500 zugewachsenen Rhodesern an hier internierten Mitgliedern gewachsen.»

Das Wesen der Judenverfolgung ...

Im Staatsgefängnis erlebte Léon Blum seinen siebzigsten Geburtstag. Von diesem Ereignis hat die Oeffentlichkeit, sieht man von einigen warmen Sympathiekundgebungen in der sozialistischen Presse der Schweiz ab, kaum Notiz genommen. Aber ein anderes Ereignis muß der Oeffentlichkeit, und wohl nicht nur der französischen, Eindruck gemacht haben: Die mutige, würdevolle Haltung des greisen Politikers im Prozeß zu Riom. Auch seine schärfsten Gegner werden dieser Tatsache die Achtung nicht versagen können. Mit dieser Tat hat Léon Blum bewiesen, daß ein vor mehr als 40 Jahren abgelegtes Bekenntnis für seinen von einer hohen ethischen Lebensauffassung zeugendem Gleichmut bestimmend war. Dieses Bekenntnis hat Léon Blum in seinem berühmten Buche: «Neue Gespräche Goethes mit Eckermann» abgelegt. In diesem Buche, in dem er in einer glänzenden Modernisierung der Goetheschen Welt die Geisteslage um die Jahrhundertwende glossiert, das freilich auch schon zahlreiche Spuren des für ihn so verhängnisvoll gewordenen Doktrinarismus zeigt, bekennt er durch den Mund seines fingierten Goethe:

«Das Wesen der Judenverfolgung bestimmt nicht die Art der getroffenen Maßnahmen, sondern der Geisteszustand, mit dem sie, vom Einzelnen wie von der Gesamtheit aufgenommen und getragen werden. Wenn die Juden mutig sind, wenn sie, weit entfernt, unter den gegen sie gerichteten Akten zusammenzubrechen, über sie, statt zu lamentieren, sich mit sittlicher Heiterkeit hinwegsetzen, so hat das diesen Grund: Sie haben, wie ihre Ahnen, einfach Vertrauen, daß jede Ungerechtigkeit einmal ein Ende nimmt. Die Zivilisation marschiert.»

Dieser Einstellung ist Léon Blum treu geblieben. Er ist unter der Verfolgung nicht zusammengebrochen. Als aufrechter Jude, trotzt er dem Schicksal und weicht ihm nicht aus. Mag er als Politiker noch so umstritten sein, das Ethos des im Alter Ungebeugten wirkt beispielhaft. Vielleicht wird man dieser Haltung einmal mehr Bedeutung zumessen als seiner Teilnahme am Kongreß der Jewish Agency vom Jahre 1920 in Zürich. p.

Zum Ableben von Dr. Felix Pinner.

In New York ist Dr. Felix Pinner mit seiner Gattin aus dem Leben geschieden. Dieses neue traurige Geschehnis hat in der Schweiz besondern Widerhall erweckt, stand Felix Pinner doch durch seine geistreichen Artikel über Wirtschaftsgeschehnisse in der «Neuen Zürcher Zeitung» in großem Ansehen. Felix Pinner war jahrzehntelang leitender Handelsredakteur am «Berliner Tageblatt». Seine Betrachtungen zur Wirtschaftlage galten in der deutschen Presse als unübertrefflich. Nach Hitlers Machtantritt lebte er einige Jahre in der Schweiz, wo er mit unserer Redaktion in engster Fühlung stand. Später übersiedelte er nach New York. Felix Pinner war mit dem Judentum eng verbunden. Seit der Balfour-Deklaration wandte er der zionistischen Bewegung sein großtes Interesse zu, gehörte deutschen Keren-Hajessod-Komitees an, reiste selbst 1923 nach Palästina und schrieb damals glänzende Artikel über seine Eindrücke im «Berliner Tageblatt». Nun ist er kurz nach seinem langjährigen Mitarbeiter, Dr. Martin Friedländer, aus dem Leben geschieden.

Antisemitismus in Ungarn unpopulär

An dieser Stelle wurde wiederholt das Fribourger Blatt «La Liberté» zitiert. Es erwies sich als vorzüglich orientiert über die in Ungarn zur Judenfrage herrschende Stimmung. Das Blatt vertrat und begründete die Auffassung, daß die Durchführung der judengesetze auf Widerstand stoße, beim Klerus sowohl wie bei den politischen Parteien mit Ausnahme der Rechtsextremisten. Neuerdings erblickt es die eigentliche Ursache des Rücktrittes von Ministerpräsident Bardossy in seiner Haltung zur Judenfrage. Die Zeitung schreibt:

«Der Antisemitismus ist bekanntlich die gemeinsame Doktrin der Achsenpartner. Deutschland hat das Signal gegeben, Italien ist gefolgt, und die Slowakei, Rumänien und Kroatien schlossen sich mit Inbrunst an. Nur Ungarn legte einen geringeren Eifer an den Tag. Seine Staatsmänner besitzen mehr christlichen Sinn als die andern; sie sind sich bewußt, Repräsentanten eines Landes zu sein, das eine lange christliche und ritterliche Tradition besitzt, und sie sind daher ungerechten und brutalen Maßnahmen abgeneigt. Sie betrachten die Judenfrage nicht einzig unter dem wirtschaftlichen und noch weniger unter dem rassischen Gesichtswinkel, sondern vielmehr vom moralischen und sozialen Gesichtspunkt aus. Es widerstrebt ihnen daher, diese Frage durch das Mittel der gewaltsamen Enteignung und der Deportation zu lösen. Sie sind der Ansicht, daß das Problem, auch wenn gewisse Sofortmaßnahmen angezeigt und durchführbar erscheinen, in seiner Gesamtheit erst nach Beendigung des Krieges, und zwar auf Grund einer internationalen Verständigung gelöst werden kann. Dies war im besonderen die Auffassung des letzten Ministerpräsidenten Bardossy.

Diese ungarische Zurückhaltung war aber nicht nach dem Geschmack Deutschlands, das in ihr eine gewisse Mißbilligung der Methoden seines eigenen Vorgehens gegen die Juden erblickte.» Es heißt dann weiter: «Bardossy scheint nun demissioniert zu haben, um sich einem Druck zu entziehen, der ihm zuwider war.»

Nächste Woche Redaktionsschluß einen Tag früher!

H3910 – 0007

H3910 – 0008

M. 172
H-3910

G. B. EXHIBIT
392

G. B. EXHIBIT
N° 392

B-040542

Filed April 29th 1946

H3910-0009

4 pages